

# Berlin aktuell

Die Woche im Bundestag

## 17. Wahlperiode

Abgeordneten-Büro Berlin:

Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

Tel.: 030/227/72542 • Fax: 030/227/70132

E-Mail: [thomas.strobl@bundestag.de](mailto:thomas.strobl@bundestag.de)

Internet: [www.thomas-strobl.de](http://www.thomas-strobl.de)

Abgeordneten-Büro Heilbronn:

Badstraße 14 • 74072 Heilbronn

Tel.: 07131/9824215 • Fax: 07131/9824216

E-Mail: [thomas.strobl@wk.bundestag.de](mailto:thomas.strobl@wk.bundestag.de)

Internet: [www.thomas-strobl.de](http://www.thomas-strobl.de)

Thema der Woche Thema der Woche Thema der Woche Thema der Woche Thema der Woche

## Einigung über ALG-2-Reform Befreiungsschlag für die Kommunen – Grüne stellen sich aus der Verantwortung



(Arbeiteten beharrlich für den Verhandlungserfolg: Bundesarbeitsministerin Dr. Ursula von der Leyen und VA-Vorsitzender Thomas Strobl)

Nach langen und schwierigen Verhandlungen, die sogar noch an diesem Mittwoch im Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat zu scheitern drohten, haben sich CDU/CSU und FDP gemeinsam mit den Sozialdemokraten auf eine Reform des Arbeitslosengeldes II verständigt.

Ein Konsens mit den Grünen konnte hingegen nicht erreicht werden. Ihre Verhandlungsführer waren auch dieses Mal vor allem eines: „dagegen“ und ließen noch in der letzten Verhandlungsrunde kei-

nen Willen zum Kompromiss erkennen, indem sie weiterhin auf ihrer ursprünglichen Maximalforderung beharrten, den Regelsatz von 359 auf 420 Euro zu erhöhen. Eine solche Erhöhung würde die öffentlichen Haushalte mit rund fünf Milliarden Euro belasten.

**Dass die Grünen sich einem Konsens widersetzen, ist umso beachtlicher, als es die rot-grüne Bundesregierung war, die die Altersgrundsicherung einführt und auf die Kommunen übertrug, ohne dabei für die notwendige Finanzierung zu sorgen.** Dabei haben sich die Kosten dieser Grundsicherung seit ihrer Einführung im Jahr 2003 verdreifacht und belaufen sich zur Zeit auf jährlich 3,9 Milliarden Euro, mit dynamisch steigender Tendenz.

Nach den Beschlüssen des Bundestages und des Bundesrates, die ohne Zutun der Grünen zustande gekommen sind, wird nun endlich die kommunalfeindliche Politik der Schröder-Regierung durch die christlich-liberale Koalition beendet. Leider haben die Mitverursacher dieser Politik, die Grünen, nicht die Kraft gefunden, ihre Fehler von einst zu revidie-

ren. Die Grünen haben sich vielmehr verweigert und damit aus ihrer Verantwortung gestohlen.

#### **Worum ging es bei der Einigung?**

Bei der Reform des Arbeitslosengeldes II hatte die christlich-liberale Koalition zum einen dafür Sorge zu tragen, dass die Regelleistung nicht willkürlich erhöht, sondern – wie vom Bundesverfassungsgericht gefordert – transparent und nachvollziehbar berechnet wird.

Zum anderen war es das Ziel, die Regelungen zum Arbeitslosengeld II so auszurichten, dass es für möglichst viele Menschen eine Brücke in die Arbeit darstellt und kein Lebenszustand ist, in dem man sich einrichten kann. Ein zentraler Bestandteil der Neuregelung ist deshalb das Bildungspaket, mit dem in die Fähigkeiten und Köpfe der Kinder und Jugendlichen im SGB-II-Bezug investiert und das nun noch einmal aufgestockt wird.

Beide Ziele konnten CDU/CSU und FDP mit den gefundenen Lösungen erreichen und zudem einen Kompromiss erzielen, der die Kommunen enorm entlastet. Im Einzelnen hat sich die Koalition dabei mit den Sozialdemokraten u.a. auf folgende Regelungen verständigt:

Der Regelsatz soll rückwirkend zum 1. Januar 2011 um fünf Euro und zum 1. Januar 2012 nochmals um weitere drei Euro steigen – unabhängig von der dann erfolgenden Anpassung, die die Preisentwicklung erforderlich macht. Der Bund übernimmt die Ausgaben für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (SGB XII) auf Dauer. **Dabei beginnt die Kostenübernahme bereits im Jahr 2012 mit 45 Prozent, setzt sich fort im Jahr 2013 mit 75 Prozent und ab dem Jahr 2014 übernimmt der Bund die Ausgaben zu 100 Prozent. Allein von 2012 bis 2015 entspricht das einer Nettoentlastung der Kommunen von 12,24 Milliarden Euro.** Das Bildungspaket wird komplett in die Zuständigkeit der Kommunen gelegt. Dies bietet die beste Gewähr für schnelle, passgenaue und unkomplizierte Teilhabe der Kinder aus Familien im Hartz IV-Bezug an den Angeboten vor Ort. **Auch für das Bildungspaket übernimmt der Bund für die Kommunen die vollen Kosten für Schulsozialarbeit und Mittagessen in den Horten von**

**nunmehr mindestens 1,6 Milliarden Euro jährlich für den Zeitraum 2011 bis 2013.**

Im Ergebnis machen drei Kernpunkte den enormen Mehrwert aus, den die christlich-liberale Koalition bei der Neugestaltung von Hartz IV erreicht hat: Mehr Chancengerechtigkeit für alle Kinder, mehr Hilfe für Langzeitarbeitslose, mehr Unterstützung und Entlastung für unsere Kommunen.

#### **DIESE WOCHE IM PLENUM:**

- **Allgemeine Wehrpflicht künftig ausgesetzt**
- **Einführung des Bundesfreiwilligendienstes**
- **Neuregelung der Steinkohlefinanzierung**
- **Neuregelung zur Arbeitnehmerüberlassung**

Nähere Informationen zu diesen Themen erhalten Sie auf Wunsch gerne zugesandt. Kontakt unter 030 / 227 72542.

#### **PRESSEMITTEILUNGEN:**



#### **Thomas Strobl/Peter Weiß:**



## **Volle sozialrechtliche Absicherung von Absolventen der Dualen Hochschule ist sachgerecht (21.02.2011):**

Die Bundesregierung hat einen Referentenentwurf zur Änderung von Vorschriften des Sozialgesetzbuches vorgelegt. In diesem ist eine Gesetzesänderung vorgesehen, die sicherstellt, dass Absolventen an praxisintegrierten dualen Studiengängen sozialversicherungsrechtlich wieder wie Berufstätige behandelt werden. Hierzu erklären die baden-württembergischen CDU-Bundestagsabgeordneten Thomas Strobl und Peter Weiß:

„Es ist sachgerecht, dass Teilnehmerinnen und Teilnehmer an praxisintegrierten dualen Studiengängen wieder den vollen sozialversicherungsrechtlichen Schutz erhalten. Die geplante Gesetzesänderung ist für die Studierenden in Baden-Württemberg von besonderer Bedeutung, da das Land beim Konzept der Dualen Hochschule mit seiner praxisnahen Ausbildung bundesweit Vorreiter ist.

Das geltende Recht war bezüglich dieser neuartigen Ausbildungsform nicht hinreichend eindeutig. Daher hatte das Bundessozialgericht entschieden, dass der Personenkreis, der Beruf und Studium miteinander verbindet, nach dem Sozialversicherungsrecht nicht zum Beispiel zur Berufsausbildung Beschäftigten gleichzustellen ist, die voll abgesichert sind, sondern Studierenden ohne gleichzeitige Berufsausübung. Dieses hatte mit Wirkung vom Wintersemester 2010/11 auch zum Wegfall der bei Berufstätigen üblichen Ansprüche aus der Arbeitslosen- und Rentenversicherung geführt.

Mit der geplanten Änderung des Sozialgesetzbuchs schafft die Bundesregierung die rechtlichen Voraussetzungen für die Wiederherstellung der Sozialversicherungspflicht für diesen Personenkreis.“

## **Thomas Strobl:**

### **Zumeldung zur dpa-Meldung von 17.01 Uhr „Südwest-CDU will mit Guttenberg Wahlkampf machen“ (24.02.2011):**

Zu den Äußerungen von SPD-Generalsekretär Peter Friedrich erklärt Thomas Strobl, Generalsekretär der CDU Baden-Württemberg:

„Man denkt oft, das Niveau der Opposition könne nicht tiefer fallen – und dann markiert doch einer einen neuen Tiefpunkt: Herr Friedrich lügt und offensichtlich tut er dies auch ganz bewusst. Die Vorwürfe, die er gegen unseren Landesvorsitzenden und Ministerpräsidenten Stefan Mappus erhebt, sind durch die Aussagen der EDF und der Kanzlei

Gleiss Lutz längst ausgeräumt. Trotzdem hält er an ihnen fest. Statt auf persönliche Diffamierungen sollten die Schmutzfinken der SPD besser auf einen sachlichen Wahlkampf setzen. Wir warten immer noch auf den angekündigten Substanzwahlkampf und sehen bislang nur eine Schmutzkampagne.“

---

## **Zitat**

«Mir geht es um die Arbeit als Bundesverteidigungsminister. Die erfüllt er hervorragend, und das ist das, was für mich zählt.»

(Bundeskanzlerin Angela Merkel über Karl-Theodor zu Guttenberg)

---

---

v.i.S.d.P.:

Dr. Volker M. Schütterle  
Büroleiter und wissenschaftlicher Mitarbeiter

Abgeordnetenbüro Thomas Strobl MdB  
-Vorsitzender des Ersten Ausschusses  
-Vorsitzender der CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg  
-Vorsitzender des Vermittlungsausschusses  
-Generalsekretär der CDU Baden-Württemberg

Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Tel. 030 / 227-72542  
Fax 030 / 227-70132